

**Postulat Fraktion SVP (Karin Hess-Meyer/Alexander Feuz/Roland Jakob)
vom 4. April 2013: Gemeinwesenarbeit: Synergien nutzen - keine doppelspu-
rigen Leistungen! (2013.SR.000183)**

In der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2013 hat die Motionärin die folgende Dringliche Motion in ein Postulat umgewandelt, welches vom Stadtrat erheblich erklärt worden ist:

Die Quartierarbeit, insbesondere die Menschen die ehrenamtlich arbeiten, leisten in unserer Gesellschaft einen grossen Dienst. Durch ihren freiwilligen Einsatz kann so manches Projekt umgesetzt werden ohne die Steuerzahlenden Mitmenschen zu belasten. Die Quartierarbeit findet direkt in der Gemeinde, also vor Ort statt. Gemeinsam mit den Quartierbewohnern können sie lokales Wissen einbringen und so manche Probleme vor Ort lösen. Der traditionelle Dienst am Nächsten hat in unseren Breitengraden immer noch einen hohen Stellenwert. Diesem sollte gebührend Achtung und Respekt entgegengebracht werden.

Durch den Fehlbetrag von rund 2 Millionen Franken jährlich können zukünftig viele Leistungen aber nicht mehr erbracht werden. Darunter leiden konsequenterweise wir Bürgerinnen und Bürger. Denn die Motivation der freiwilligen Helferinnen und Helfer nimmt durch ein solch einschneidendes Sparpaket drastisch ab.

Wenigstens ist sich der Gemeinderat bewusst, dass eine solch grosse Kürzung in der Gemeinwesenarbeit vielschichtige Veränderungen mit sich bringt. Er ist sich auch bewusst, dass er die betroffenen Organisationen für die konkrete Ausgestaltung der Sparmassnahmen mit einbeziehen muss. Denn die Quartierbewohner wehren sich und das ist verständlich. Der Spardruck der vom Kanton her kommt, kann die Stadt nicht einfach auf die Quartiere abwälzen. Will Bern weiter wachsen braucht es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Quartieren und der Stadt.

Trotzdem muss die Stadt Bern sparen. Aus diesem Grund ist sie gezwungen mit ihren Ressourcen haushälterisch umzugehen. Es ist unseres Erachtens nicht Aufgabe der Quartierorganisationen Schlichtungen in Mietsachen durchzuführen; hierfür sind die im OR vorgesehenen Schlichtungsstellen vorgesehen. Auch können sich die Verbänden angeschlossenen Personen an den Mietverband respektive Hauseigentümerverband wenden.

Das Angebot der Gemeinwesenarbeit muss deshalb hinterfragt und auf die heutigen Bedürfnisse und Kapazitäten neu ausgerichtet werden.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Vorgängige Abklärungen welche doppelspurige Leistungen zwischen den Verwaltungsinstanzen einerseits und andererseits Quartierkommissionen, Quartierzentren, Quartiereinrichtungen bestehen (Zum Beispiel: Schlichtungsverhandlungen in Mietsachen)
2. Abbau festgestellter doppelspuriger Leistungen
3. Personelle Optimierungsmöglichkeiten sind so umzusetzen, dass in der Verwaltung Stellen zu Gunsten der Quartiere gespart werden und die Quartierleistungen wann immer möglich durch Ehrenamtliche erfüllt werden
4. Sparvorschläge seitens der betroffenen Quartiere, Quartierkommissionen, VBG, Quartierzentren etc. sind einzuholen
5. Aufgabenbeschriebe mit Regelung der Kompetenzen und Verantwortungen sind auszuarbeiten und als konkrete Leistungsaufträge offen auszuschreiben.
6. Vorschläge seitens des Gemeinderats wie die Quartierarbeit in der Zukunft aussehen soll, sind dem Stadtrat transparent zu unterbreiten.

Begründung der Dringlichkeit

Um über die Beiträge an die Gemeinwesenarbeit im Rahmen des PGB 2014 seriös zu prüfen und fundiert darüber zu entscheiden, müssen die obengenannten Forderungen dem Stadtrat vorher beantwortet vorliegen.

Bern, 04. April 2013

Erstunterzeichnende: Karin Hess-Meyer, Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Peter Bernasconi, Manfred Blaser, Simon Glauser, Kurt Rügsegger, Judith Renner-Bach, Philip Kohli, Martin Schneider, Kurt Hirsbrunner, Urs Ziehli, Martin Mäder, Isabelle Heer, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Daniel Imthurn

Bericht des Gemeinderats

Ausgangslage

Der Gemeinderat anerkennt die Bedeutung der Gemeinwesenarbeit für die Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren. Der Gemeinderat ist sich auch bewusst, dass im Bereich der Gemeinwesenarbeit ein hohes Mass an freiwilligem Engagement erbracht wird und dieses sorgfältig unterstützt werden muss. Dies umso mehr, als auch in der Stadt Bern der schweiz- und europaweit zu beobachtenden Trend feststellbar ist, dass es zunehmend schwierig ist, Freiwillige für ein Engagement in ehrenamtlichen Strukturen zu gewinnen. Ganz besonders schwierig ist dies in sozial benachteiligten Quartieren. Wenn der sozio-ökonomische Status gering ist, Wohnverhältnisse beengt und Aussenräume unattraktiv sind, dann steht für die Bewohnenden häufig die Bewältigung des Alltags im Vordergrund und es bleiben wenig Ressourcen für ein unbezahltes Engagement für die Nachbarschaft.

Der Gemeinderat geht mit den Postulantinnen und Postulanten einig, dass die Gemeinwesenarbeit vor dem Hintergrund der knappen Ressourcen und des Spardrucks hinterfragt und auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtet werden muss. Allfällige Doppelspurigkeiten sind abzubauen. Ziel muss es sein, mit den begrenzten Mitteln bedarfsgerechte Angebote, zeitgemässe Strukturen und attraktive Einsatzmöglichkeiten für freiwillig Engagierte zu gewährleisten.

Die Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit (vbg) ist als Dachverband von über 20 Trägervereinen in der Stadt Bern der wichtigste Anbieter von Gemeinwesenarbeit. Im Leistungsvertrag mit der vbg wird vereinbart, welche Leistungen aus dem Beitrag der Stadt finanziert werden. Die wichtigsten Leistungen im aktuellen Vertrag sind:

- a) finanzielle und beraterische Unterstützung von kleineren, ehrenamtlich betriebenen Quartiertreffs, welche ein sehr gutes Kosten/Nutzen-Verhältnis aufweisen und wichtige Identifikations- und Integrationsleistungen im jeweiligen Quartier bieten;
- b) Führen grosser Quartierzentren, welche sich durch vielseitige Angebote und eine gute Verankerung im Quartier auszeichnen. Hier engagieren sich viele Freiwillige, aber es braucht auch professionelle Kräfte, um Betriebe in dieser Grösse zu führen, Kontinuität zu gewährleisten und Frustration für die freiwillig Engagierten zu vermeiden;
- c) die aufsuchende Quartierarbeit, welche mit gut qualifizierten Fachkräften flexibel dort eingesetzt werden kann, wo aktueller Bedarf besteht bezüglich Unterstützung von Initiativen von Bewohnenden zur Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren, Um- und Neugestaltungen von öffentlichen Räumen und Überbauungen und der Arbeit mit spezifischen Zielgruppen.

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Erfüllung der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit einen Bericht über das weitere Vorgehen im Bereich der Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit erarbeitet. Dieser Bericht hat anhand verschiedener Sparszenarien die Auswirkungen des Wegfalls der Kantonsbeiträge für die Gemeinwesenarbeit aufgezeigt. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 12. September 2013 entschieden, die wegfallenden Kantonsbeiträge im Umfang von Fr. 1 460 000.00 zu kompensieren. Die damit verbundene Kürzung im vbg-Leistungsvertrag 2014 im Vergleich zum Leistungsvertrag 2013 macht Fr. 312 308.00 aus. Die Einsparungen sollen gemäss dem Beschluss des Stadtrats entsprechend der im Bericht des Gemeinderats erläuterten Sparvariante 1 umgesetzt werden, ohne aber die Freizeitwerkstätte Tscharnergut zu schliessen und ohne bei der aufsuchenden Quartierarbeit zu kürzen.

Die Umsetzung dieser Sparvorgaben ist im Gange und umfasst folgende Massnahmen:

- Aufgabe des Quartiertreffs Länggasse in der bisherigen Form eines Quartierzentrums mit professioneller Gemeinwesenarbeit; Beratung im Hinblick auf einen kleinen, ehrenamtlich betriebenen Quartiertreff;
- Umnutzung grosser Teile des Quartierzentrums Gäbelhuus für die Tagesschule und dadurch Reduktion der Stellenprozente für die Betriebsleitung;
- Kürzung der vbg-Dienstleistungen im Bereich Reinigung, Hauswirtschaft und Administration in verschiedenen Quartierzentren;
- Kürzung bei der Zentrumsleitung im Quartiertreff Tscharnergut;
- Kürzung bei den Betriebsbeiträgen an die kleineren Quartiertreffs.

Zu den Forderungen des Postulats

Zu Punkt 1:

Doppelspurigkeiten zu Verwaltungsstellen und Quartierkommissionen sind weder bei den kleineren Quartiertreffs noch bei den Quartierzentren auszumachen, denn weder städtische Verwaltungsstellen noch die Quartierkommissionen machen vergleichbare Angebote. Verschiedene Angebote, wie beispielsweise die Deutschkurse für Mütter und Kinder des Schulamts, werden mit den Quartierzentren koordiniert. Auch die aufsuchende Quartierarbeit ist so organisiert, dass keine Doppelspurigkeiten auftreten. Die aufsuchende Quartierarbeit ist häufig in Koordination mit anderen Akteurinnen und Akteuren an der Bearbeitung einer Fragestellung in einem Quartier engagiert und wird da aktiv, wo aktueller Bedarf besteht. Dieser Bedarf kann sich sehr unterschiedlich manifestieren. Entsprechend muss die aufsuchende Quartierarbeit flexibel, methodenübergreifend und interdisziplinär handeln können. Beispielsweise kann bei einem Nutzungskonflikt in einer Hochhaus-siedlung (die einen wollen Ruhe und die anderen wollen die vorhandenen Freiflächen nutzen, um sich zu treffen) eine Mediation eine angemessene Massnahme sein. Allerdings nur dann, wenn sie nicht in Konkurrenz zu einem Verfahren vor der Regionalen Schlichtungsbehörde Bern-Mittelland steht. Zu den Quartierkommissionen bestehen gute Beziehungen und die Aktivitäten werden koordiniert.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat kann derzeit keine Doppelspurigkeiten feststellen. Die Kooperation vor Ort wird laufend optimiert. Die privaten Trägerschaften sind gemäss Leistungsvertrag explizit zur Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren verpflichtet. Zudem obliegt der vbg gemäss Leistungsvertrag die Leitung der sozialraumbezogenen Netzwerke in den Stadtteilen II, III, IV, V und VI. Diese Netzwerke stellen ein rasches Erkennen von sozialen Spannungsfeldern, ein koordiniertes Vorgehen und das Vermeiden von Doppelspurigkeiten sicher.

Zu Punkt 3:

In der Stadtverwaltung (Jugendamt) besteht eine Teilzeitstelle zur Koordination der Gemeinwesenarbeit, zur Ausarbeitung und zum Controlling der diversen Leistungsverträge. Diese Stelle beinhaltet auch weitere Aufgaben ausserhalb der Gemeinwesenarbeit. Die Geschäftsstelle der vbg setzte sich 2013 aus 80 % Geschäftsleitung sowie 125 % Buchhaltung und Administration zusammen. Im Vergleich zu anderen Verbänden ähnlicher Grösse ist die Geschäftsstelle der vbg schlank. Ehrenamtliche brauchen gute Voraussetzungen, um sich erfolgreich und befriedigend einbringen zu können. Es ist Aufgabe der professionellen Mitarbeitenden, diese Voraussetzungen zu gewährleisten und das Engagement von möglichst viel Freiwilligenarbeit zu ermöglichen.

Zu Punkt 4:

Das Jugendamt steht im Kontakt mit den Leistungsvertragspartnerinnen und -partnern der Gemeinwesenarbeit (insb. vbg, Mütterzentrum Bern-West und Familientreff Bern) sowie den Quartierkommissionen. Ideen zur Ausgestaltung und Finanzierung der Gemeinwesenarbeit werden ausgetauscht. Diese Akteurinnen und Akteure hatten Gelegenheit, sich zu den Sparvorschlägen zu äussern und beteiligen sich aktiv an der Umsetzung der Vorgaben des Stadtrats nach dem Budgetentscheid vom September 2013.

Zu Punkt 5:

Die offene Ausschreibung der Leistungsverträge in Soziokultur und Gemeinwesenarbeit/Quartierarbeit wurde bereits 2010 mit der Dringlichen Interfraktionellen Motion FDP, GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köpfli, GLP): Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ! gefordert. Der Gegenstand dieser Motion liegt im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Die als Motion erheblich erklärten Punkte 1, 3, 4, 6 und 7 haben deshalb den Charakter einer Richtlinie. Der Gemeinderat hat das Anliegen im Begründungsbericht insbesondere mit dem Hinweis auf eine fehlende Konkurrenzsituation auf dem „Markt“ der Gemeinwesenarbeit abgelehnt. Der Gemeinderat erachtet eine Ausschreibung der heutigen Leistungen in der Gemeinwesenarbeit nicht als zielführend. Die heutigen Vertragspartnerinnen und Vertragspartner erbringen sehr gute Leistungen. Die ehrenamtlich geführten Quartiertreffs und Quartierzentren würden eine Ausschreibung als Affront gegen ihr Engagement auffassen. Eine Ausschreibung der aufsuchenden Quartierarbeit würde eine institutionalisierte Abgrenzung zu den Quartierzentren mit sich bringen und damit wertvolle Synergien gefährden. Falls in Zukunft zusätzliche finanzielle Mittel für die Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern zur Verfügung stehen, ist der Gemeinderat bereit zu prüfen, ob es zielführend ist, neue Aufgaben auszuschreiben.

Zu Punkt 6:

Der Gemeinderat hat im Zuge der Dringlichen Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit einen Bericht über das weitere Vorgehen und die Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit erarbeitet. Basierend auf diesem Bericht mit verschiedenen Sparszenarien hat der Stadtrat im Rahmen der Behandlung des PGB 2014 im September 2013 eine intensive Debatte über die Gemeinwesenarbeit geführt und Prioritäten gesetzt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Abgesehen von den weiter oben erläuterten, mit dem Sparauftrag zusammenhängenden Massnahmen gibt es keine Folgen für das Personal und die Finanzen.

Bern, 28. Mai 2014

Der Gemeinderat